

Energiepolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition

HANS-JOSEF FELL

Die erste Hälfte der Regierungszeit der Großen Koalition ist fast vorüber. Sie war in der Energiepolitik weitgehend von Stillstand geprägt. Minister Gabriel betreibt bisher eine Politik der starken Worte, aber ruhenden Hand. Hin und wieder gibt es zur Freude des Umweltministers einen Vorstoß für die Atomenergie von Wirtschaftsminister Glos oder seitens der Energiewirtschaft. Minister Gabriel kann dann medien- und publikumswirksam den jeweiligen Vorstoß abwehren. Den wenigsten Betrachtern dürfte bei diesen Spielchen bewusst sein, dass die Atomenergie weltweit gerade mal zu 2,5 % zur Deckung des Weltenergiebedarfs beiträgt und die sieben alten aktuell umkämpften deutschen Atomkraftwerke hierzulande nur unter 2 % des gesamten Energiebedarfs abdecken! Zum Teil aus Ratlosigkeit, zum Teil aber auch um die eigene Handlungsunfähigkeit zu kaschieren, hatte die Bundeskanzlerin Energiegipfel einberufen, die aber keine Ergebnisse brachten.

Energie- und Klimagipfel

Auch die vielen von Kanzlerin Merkel dominierten Regierungsgipfel, vor allem G8- und EU-Gipfel, leiden unter Erfolglosigkeit und Widersprüchen. Auf der einen Seite wird versucht, die Energieversorgungssicherheit mit neuen Erdöl- und Erdgaspipelines, mit neuen Kohlekraftwerken zu wahren. Erneuerbare Energien wird dabei keine nennenswerte Rolle zugedacht. Auf der anderen Seite wird dann über Klimaschutz geredet. Da Erdöl, Erdgas und Kohle die entscheidenden CO₂-Emittenten

sind, ist die von der Kanzlerin vorgeschlagene Energie- und Klimapolitik zum Scheitern verurteilt. Aufgrund der schnell zurückgehenden fossilen Ressourcen ist so die Versorgungssicherheit nicht zu schaffen und auf Grund des Beharrens in der fossilen Energieversorgung ist wirksamer Klimaschutz nicht möglich.

Klimaschutzpaket der Bundesregierung

Inzwischen hat die Bundesregierung ein so genanntes „Klimapaket“ vorgelegt, das aber bei näherer Betrachtung seinen Namen nicht verdient. Das Ziel der Bundesregierung, 40% CO₂ einzusparen, wird damit nicht erreicht. Die Wachstumsgeschwindigkeiten der Erneuerbaren Energien im Strombereich sollen halbiert werden. Dagegen dominiert im so genannten „Klimapaket“ die Unterstützung für den Neubau von fossilen Kraftwerken und so genannte CO₂-freie Kohlekraftwerke.

Bislang profitiert die große Koalition noch von den im wesentlichen von der rot-grünen Parlamentsmehrheit geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien. Diese waren vor allem im Strombereich mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sehr erfolgreich. Statt diese Dynamik auch auf den Wärme- und Verkehrssektor zu übertragen und endlich breite Maßnahmen für eine Offensive in der Energieeinsparung auf den Weg zu bringen, gibt es nur kleinere Maßnahmen und sogar neue kontraproduktive Handlungen. Der

große Wurf für einen schnellen und konsequenten Umstieg auf Erneuerbare Energien ist bisher ausgeblieben und auch nicht zu erwarten. Schauen wir uns also die vielen Details an:

Markteinbrüche für Erneuerbare Energien seit Anfang 2007

Das Ergebnis dieser fehlenden Aktivitäten ist in Teilbereichen seit Anfang 2007 sogar ein Rückgang der Investitionstätigkeiten, bzw. Stagnation. Von dynamischem Ausbau keine Spur. So sind die Investitionen für neue Biogasanlagen um 50 bis 70 % eingebrochen. Die Investitionen in Sonnenkollektoren um 35 %, im Biomassebereich sogar um 60 %, davon allein die Holzpelletsheizungen um 50 %. Die mittelständische, dezentrale Produktion von Biokraftstoffen wird zunehmend erschwert; ersten Firmen droht der Konkurs. Neuinvestitionen in Deutschland mit der Windkraft sind weiterhin rückläufig und vom Ausbau der Offshore-Windenergie ist nichts zu sehen. Lediglich die Photovoltaik und die Nutzung der Tiefenerdwärme sind weiterhin auf einem erfolgreichen Ausbauweg - dank des von Rot-Grün eingeführten Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Wettbewerbspolitik

Nachdem unter den Wirtschaftsministern Müller und Clement die Oligopolisierung der deutschen Stromversorgung vorangetrieben wurde und die Wettbewerber aus dem Markt gedrängt wurden, zogen die Preise deutlich an. Selbst die mit dem EEG initiierten neuen Akteure der Branche der Erneuerbaren Energien konnten die Konzentration auf wenige Konzerne noch nicht aufhalten. In Folge der starken Kritik musste Wirtschaftsminister Glos handeln und zog beim Kartellrecht ein paar Schrauben an. Es ist allerdings fraglich, ob dieser Ansatz wirklich zum Erfolg führt. Wesentlich wirksamer wäre die Trennung der Stromerzeugung von Verteilung und Vertrieb, wie es u.a. von der EU-Kommission gefordert wird. Auf der Über-

tragungsnetzebene sollte dies auch eigentumsrechtlich erfolgen. Leider fehlt dazu der Bundesregierung der Mut und sie hat sich neben der französischen Regierung an die Spitze der Besitzstandswahrer in Brüssel gesetzt. Zu eng ist noch das Geflecht zwischen den Zentralen der Energiewirtschaft und einigen SPD- und Unions-Energiepolitikern.

Energieeinsparung

Einen wichtigen Akzent hat die Regierung bei der Gebäudesanierung gesetzt. Hier wurden die Mittel anfangs aufgestockt. Mehr Geld für den Klimaschutz bedeutet aber nicht automatisch mehr Klimaschutz. Denn die Nachfrage für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist seit Beginn des Jahres u.a. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die erheblichen Preiserhöhungen in der Baustoffindustrie und im Baugewerbe deutlich zurückgegangen. Hinzu kommt, dass es bei der Mittelausstattung immer noch einige hundert Jahre dauert, bis der Wohnungsbestand energetisch saniert ist. Von der im Entwurf des „Klimapakets“ vorgesehenen Mittelserhöhung war in der Endfassung nichts mehr zu sehen.

Bei dem Thema Energiepass hat die Bundesregierung mittlerweile die EU-Vorgabe umgesetzt, einen Energiepass für Gebäude einzuführen. Sie hat einen am Gebäudebedarf orientierten Energiepass eingeführt für alle Gebäude mit weniger als fünf Wohnungen, die vor 1978 entstanden sind. Für alle anderen Gebäude besteht jedoch die Wahl zwischen verbrauchs- oder bedarfsorientiertem Energieausweis. Diese Regelung ist uneinheitlich und verwirrend. Sinnvoll wäre eine einheitliche Regelung über einen Ausweis, der orientiert am Bedarfswert eines Gebäudes von einem autorisierten Energieberater erstellt wird. Hierdurch würde Hauseigentümern und Mietern ein Instrument geschaffen, das den Energieverbrauch eines Gebäudes für jeden vergleichbar und transparent macht. Dies wäre durch einen Ausweis, der sich lediglich am Verbrauch orientiert, nicht gegeben.

Vollkommen ruhte bislang hingegen die Hand der Bundesregierung bei wirkungsvollen Maßnahmen zur Energieeinsparung im Strom- und Verkehrssektor.

Erneuerbare Energien

Wenn man die Kanzlerin Merkel und ihren Umweltminister Gabriel hört, könnte man meinen, deren Devise sei, je mehr Erneuerbare Energien, desto besser. Leider ist das Gegenteil der Fall. Im Frühjahr ließ sich die Kanzlerin noch dafür feiern, dass sie den Vorschlag der EU-Kommission auch im Europäischen Rat durchgesetzt hatte, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Energieversorgung der EU auf 20 % anzuheben. Dabei sind 20 % Erneuerbare Energien viel weniger als die Branche leisten kann und will. Selbstredend reichen 20 % Erneuerbare für den Klimaschutz überhaupt nicht aus. Doch selbst nach der Festlegung dieses schwachen Ziels ging das Gefeierte um die innereuropäische Verteilung los. Anstatt um einen möglichst großen Teil am europäischen Kuchen zu kämpfen, um die Vorreiterrolle Deutschlands auszubauen, geschieht das genaue Gegenteil. Die Bundesregierung versucht in Brüssel alles, den Anteil in Deutschland möglichst weit unter 20 % zu halten und setzt darauf, dass andere Länder diese Lücke dann ausfüllen sollen. Es wird sogar darüber nachgedacht, dass Deutschland andere Länder für diese „Lasten“ finanziell entschädigen könne, statt selbst die Ziele zu erfüllen. Wer Erneuerbare Energien als Last betrachtet, hat die Denkkategorien der Energiekonzerne übernommen und beweist, dass er an das eigene Gerede des Einklangs von Umweltschutz und Innovationspolitik nicht glaubt. Kein Wunder, dass daraus auch möglichst wenig Handlungen für Erneuerbare Energien folgen.

Gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit verschlechterte die Große Koalition die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Erneuerbare Energien für private Anlagen in Erneuerbare-Energien-Fonds deutlich. Damit wurden die Investitionen für Fonds in Erneuerbare Energien deutlich schlechter gestellt als die Investitionen in Energiekonzerne,

die weiterhin über die Körperschaftssteuer Verluste anrechnen können.

Noch härter hat die Steuerpolitik der Großen Koalition die Biokraftstoffe getroffen. Diese werden zukünftig besteuert. Weder Schwarz noch Rot hatten vor der Bundestagswahl auch nur angedeutet, eine Besteuerung von Biodiesel und Pflanzenöl einzuführen. Beim Biogas wartet man vergeblich auf ein Biogaseinspeisungsgesetz, das auch neuen Akteuren außerhalb der Erdgaskonzerne wirtschaftliche Investitionen bietet, und daher längst überfällig ist. In den Eckpunkten für die Biogaseinspeisung im Klimaschutzpaket hat die Bundesregierung aber vorgeschlagen, die Vergütungen am Markt zu orientieren und eben nicht an der Wirtschaftlichkeit für Investoren. So umgesetzt wäre ein Biogaseinspeisungsgesetz wirkungslos und weiterer Bestandsschutz der Erdgaskonzerne, die sich nur geringfügig um die Biogaseinspeisung kümmern.

Erneuerbare Energie im Wärmesektor

Hier galt in den ersten beiden Jahren die Devise, nichts anzufassen, was keinen sicheren Erfolg in der Öffentlichkeit bringen könnte. In diesem Sinne konsequent hatte Bundesumweltminister Gabriel das Wärmegesetz für Erneuerbare Energien auf die lange Bank geschoben. Auch die zwischenzeitlich erheblichen Probleme mit dem Marktanreizprogramm konnten ihn nicht zur Aktivität bewegen. Erst in Folge der öffentlichen Klimadiskussion war er aus der Deckung gekommen. Seine Ankündigung, doch ein Wärmegesetz für Erneuerbare Energien zu unterstützen, kam exakt einen Tag nachdem die große Koalition im Umweltausschuss des Bundestages einen entsprechenden Antrag der Grünen abgelehnt hatte. Allerdings sind in den Eckpunkten der Bundesregierung für ein ordnungsrechtliches Wärmegesetz viele Ausnahmen formuliert, so dass die Umsetzung dieser Ankündigungen wohl kaum nennenswerte Wirkung entfalten wird.

Erneuerbare Energien im Stromsektor

Gute Nachrichten gibt es bislang nur für Teilbereiche für die Erneuerbaren Energien im Stromsektor. Hier gilt das erfolgreiche rot-grüne EEG. Das Gesetz läuft bislang im Großen und Ganzen weiter so. Allerdings hat der Wirtschaftsminister bereits deutlich gemacht, dass die Vergütungen für einige Erneuerbare Energien deutlich gesenkt werden sollen. Dies trifft nach den Vorschlägen des Umweltministers vor allem die Photovoltaik. Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesumweltminister stark genug ist, um weitere Verschlechterungsvorschläge des Wirtschaftsministers zu verhindern.

Der einzige wirkliche Erfolg, den die Bundesregierung bei Erneuerbaren Energien bislang vorweisen kann, ist die Verbesserung bei der Offshore-Netzregelung. Die Netzkosten für die Errichtung der Offshore-Windparks sollen künftig von den Netzbetreibern und nicht mehr von den Windparkerichtern finanziert werden. Damit sind die Offshore-Windpark-Betreiber den Kondensations-Kraftwerksbetreibern gleichgestellt, die bekanntlich auch nicht selbst den Neubau von Netzen zahlen müssen. Leider konnte sich die Bundesregierung nicht dazu durchringen, über einen schmalen Streifen an den Küsten hinaus, die Verlegung von Erdkabeln voranzutreiben. Diese hätten eine Reihe von Vorteilen, vor allem auch für die Sicherheit der Stromversorgung, wie die Schneebrüche im Münsterland zeigten. Nun ist mit Widerständen gegen so manche Stromtrasse zu rechnen und so mit einer Verzögerung des notwendigen Netzausbaus. Diesen Ärger hätte man sich sparen können. Innovativ wäre es gewesen, wenn die Bundesregierung wenigstens für einen kleinen Teil des Netzausbaus Supraleitungen priorisiert hätte. Diese sind zwar noch teuer aber schon einige dutzend Kilometer hätten dieser Technologie und vor allem den hiesigen High-Tech-Unternehmen einen immensen Schub gegeben. Leider hat die Große Koalition bei dieser Regelung die Meeresenergien vergessen. Dabei bräuchten auch Wellenkraftwerke eine gute Netzregelung.

Erneuerbare Energien im Mobilitätsbereich

Negativ hat sich der Politikwechsel im Bereich der Biokraftstoffe ausgewirkt. Bereits im Koalitionsvertrag hat die SPD eine Industrialisierung fixiert. Seitdem werden vor allem Konzernwünsche maßgeblich beachtet. Mittlerweile ist die schrittweise Vollbesteuerung von Biodiesel und Pflanzenölen bis 2012 Gesetz. Einige andere Biokraftstoffe bleiben hingegen bis 2015 steuerbefreit. Die Begründung für die unterschiedliche Handhabung ist willkürlich. Auffallend ist, dass diejenigen Biokraftstoffe am niedrigsten besteuert werden, die die stärksten Lobbys hinter sich haben. Vor allem die SPD hat in Person von Finanzminister Steinbrück und Umweltminister Gabriel zu erkennen gegeben, dass sie dem Mittelstand nichts zutraut und auf die Industrie setzt. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer von der CSU hat sich nicht um die Belange der mittelständischen Biokraftstoffproduktion und bäuerlichen Landwirtschaft gekümmert. Die jetzt eingeräumte Vorfahrt für Esso und Shell ist daher nur konsequent. Der Markt wird sozusagen bereinigt. Dies wird negative Konsequenzen für einen nachhaltigen Anbau und die Entwicklung ländlicher Räume haben. Über ein klares Programm für Nullemissionsmobilität wurde nicht diskutiert. So gingen zwei wertvolle Jahre verloren. Der Zukunftsmarkt für Elektroautos - mit Strom aus Erneuerbaren Energien - wurde bislang den Japanern und Chinesen überlassen. Immerhin taucht die Elektromobilität nun im Klimaschutzpaket auf, allerdings ohne klare Maßnahmen für die Markteinführung.

Energieversorgungssicherheit

Offenbar hört die Bundesregierung auch in der Beurteilung der Erdöl- und Erdgasressourcen auf die großen Mineralölkonglomerate. Folglich gibt es für die Bundesregierung kein Ressourcenproblem. Dabei sind wir kurz davor, das Fördermaximum beim Erdöl zu erreichen. Dies wird erhebliche Folgen auch für die Erdgasversorgung haben. Die

große Koalition geht mittel- und langfristig davon aus, dass es kein Angebotsproblem beim Erdöl geben wird und setzt beim Erdgas einfach nur auf Diversifizierung der Quellen. Unklar bleibt hierbei, wo das Erdgas in der Zukunft herkommen soll.

Stattdessen wird auf eine ökologisch und politisch hoch umstrittene Ostseepipeline gesetzt. Eine Biogasstrategie, die einen zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehenden Energieträger für die Gasversorgung und gleichzeitigen Klimaschutz erschließen könnte, verfolgt die Bundesregierung nicht, obwohl inzwischen nachgewiesen wurde, dass der aktuelle europäische Erdgasbedarf durch Biogas ersetzt werden könnte.

Bildung für Erneuerbare Energien

Seit Jahren ist der Mangel an Ausbildung und Bildung für Erneuerbare Energien bekannt. Erfolgreiche Maßnahmen dagegen hat die Bundesregierung keine ergriffen - weder an Hochschulen, noch an Berufsschulen. Auch fehlt eine breit angelegte Aufklärungs-offensive für die breite Bevölkerung. Erfolgreiche von Rot-Grün angestoßene Anfänge für eine Bildungs- und Forschungsvernetzung wurden zwar mit der Internetplattform ReKnowNet angestoßen. Aktivitäten diese auszubauen zu einer Offenen Universität für Erneuerbare Energien (OPURE) - wie im Aktionsplan der Bonner Renewables Konferenz 2004 vorgeschlagen - lassen sich nicht erkennen.

Emissionshandel

Die Bundesregierung setzt vor allem auf fossile Energiequellen, wobei die SPD wiederum alles tut, um die Kohle zu puschen. Selbst der Emissionshandel - ursprünglich dazu gedacht, den CO₂-Ausstoß zu verringern - wird dazu missbraucht, den Bau von Kohlekraftwerken zu forcieren, als wenn die Kohlesubventionen nicht schon genug wären. Dass diese Kohlekraftwerke dann auch noch in 40

Jahren CO₂ ausstoßen, interessiert in der derzeitigen Bundesregierung offenbar niemand. Stattdessen wird von „CO₂-freien“ Kohlekraftwerken gesprochen. Gebaut werden aber vor allem CO₂-Schleudern.

Die Unterstützung der Kohle zeigt: Gabriel fehlt es offensichtlich an Ideen und Mut, dem Klimawandel eine ambitionierte Erneuerbare-Energien-Strategie entgegen zu stellen! Die Wirkungslosigkeit des Emissionshandels wurde inzwischen in einer Studie von Open Europe dargestellt. Auch die bereits vollzogenen Beschlüsse für die zweite Handelsperiode werden vor allem Gewinne für Konzerne bringen, aber kaum CO₂-Reduktionen.

Internationale Erneuerbare-Energien-Politik

Zu begrüßen ist, dass die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) im Klimaschutzpaket explizit erwähnt wird und es bereits erste Aktivitäten gibt. Keine sichtbaren Initiativen gibt es von Umweltminister Gabriel hingegen zur überfälligen Abschaffung von EURATOM oder gar für die erforderliche Einführung eines europäischen Vertrages für die Einführung Erneuerbarer Energien (EURENEW).

Ebenso Fehlanzeige gibt es bei den Themen Europäische Biogaseinspeisungsstrategie, die die Abhängigkeit von Erdgasimporten drastisch reduzieren könnte, sowie bei der Strategie, in gewissem Umfang Strom aus europäischen Nachbarregionen zu importieren. So könnten bis 2020 5 % des Stroms aus nordafrikanischen Wind- und Solarparks nach Europa importiert werden. Stattdessen setzen die arabischen Länder derzeit auf den Bau von Atomkraftwerken bis hin zur Lieferung eines Atomkraftwerks an Gadhafis Libyen unter Beteiligung von Siemens und expliziter Zustimmung des deutschen Außenministers Steinmeier. Hier könnte die Bundesregierung klügere Wege aufzeigen und eine Solar-Partnerschaft vorantreiben. Aktivitäten: Fehlanzeige!

Besteuerung von Energie

Bereits mehrfach wurde von der Großen Koalition das Energiesteuergesetz verschlechtert. Hier gilt die Devise: Je mehr Energie benötigt wird, desto geringer die Besteuerung. Das Verursacherprinzip wird so ausgehebelt und der Anreiz zum Energiesparen gesenkt. Der Ausstoß von Klimagasen wird so belohnt. Statt endlich die vielen Subventionen für fossile und atomare Energien abzuschaffen, wie die Nichtbesteuerung von Flugbenzin, von Schiffsdiesel, von Erdgas im Verkehrsbereich und von Atomrückstellungen, werden Biokraftstoffe besteuert. Es findet derzeit genau das Gegenteil einer ökologischen Steuerpolitik statt.

Innovationsgerede statt Innovationen

Paradoxaerweise am gleichen Tag, an dem der Umweltminister seinen Innovationskongress abhielt, bestätigte das Bundesumweltministerium, dass das Wärmegesetz auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Das Muster ist immer wieder das gleiche. Während auf der einen Seite der Mut fehlt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, werden auf der anderen Seite PR-Veranstaltungen durchgeführt, die von der ruhenden Hand ablenken sollen. Aus dem Innovationskongress folgt konsequent wiederum keine Konsequenz, außer dass wieder einmal ein Gremium eingerichtet wird, das sich um Innovation kümmern soll. Zukünftig wird es neben den Innovationszirkeln des Bundeskanzleramts und des Forschungsministeriums auch noch eines des Umweltministeriums geben. Da entwickelt sich ein ganzer Innovationszoo. Aber die vielen Innovationen für Erneuerbare Energien, für Einspartechnologien und Speichertechnologien, wie Meeresenergien, Thermoelektrik, Supraleitung, Batterien u.a. bleiben in der Schublade liegen. Die vorgesehene leichte Anhebung der Energieforschungsmittel für 2007 wurde noch während der Haushaltsberatungen wieder gestrichen. Der Umweltminister versucht, sich als Innovationsminister zu verkaufen. Doch was hat er zu bieten,

außer einem sogenannten Innovationskongress? Ein Innovationsminister würde das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien zu einem Innovationsprogramm entwickeln. Ein Innovationsminister hätte schon längst einen Business-Plan-Wettbewerb für Erneuerbare Energien ins Leben gerufen und ein Innovationsminister würde gezielt Preise ausschreiben zur Erreichung problemlösungsorientierter Benchmarks.

Auch gegen die unglaublich hohen Atomforschungsmittel von ca. 4 Mrd. € für die nächsten sieben Jahre für EURATOM und der demgegenüber geradezu lächerlich wirkenden Mittelausstattung für Erneuerbare Energien von nur ca. 600 Mio. € im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU haben weder Umweltminister Gabriel, noch Forschungsministerin Schavan Widerstand entgegen gebracht.

Fazit der Halbjahresbilanz: Die große Koalition hat sich bislang überwiegend gegenseitig in der Energiepolitik blockiert. Da, wo sie gehandelt hat, kam es überwiegend zu Verschlechterungen für Erneuerbare Energien - vor allem im Steuerrecht und bei den Biokraftstoffen. Die großen Auseinandersetzungen wurden noch nicht entschieden, wie der Atomausstieg, oder befinden sich gerade in der Abstimmung, wie die Wettbewerbsfragen und die Novelle des EEG. Es muss jetzt darum gehen, den reinen Biokraftstoffen wieder eine faire Chance zu geben; ein erfolgreiches Wärmegesetz für Erneuerbare Energien (WEG) zu verabschieden; ein Biogaseinspeisungsgesetz mit klaren und auskömmlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für neue Investoren und endlich gute Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung zu schaffen, den Atomausstieg durchzuziehen und einen fairen Wettbewerb im Energiesektor zu schaffen.

Hans-Josef Fell, MdB, ist Vizepräsident von EUROSOLAR und energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen.